

Neue Presse

Neue Presse Redaktion GmbH & Co. KG
August-Madsack-Straße 1, 30559 Hannover

www.neuepresse.de
np@neuepresse.de

Telefon: (05 11) 5101 - 0

Herausgeber:

Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG
Geschäftsführung: Thomas Duffert (Vors.),
Adrian Schimpf

CHEFREDAKTEUR

Carsten Bergmann,
Sven Holle (Stv.)
Mail: chefredaktion@neuepresse.de

CHEF VOM DIENST

Zoran Pantic,
Harald Thiel

REPORTERCHEF

Fabian Mast

NEWSDESK

Jonas Freier, Uwe von Holt,
Katharina Klehm, Verena Koll,
Michael Lange, Martin Voss,
Sigrun Fleischhauer

SPORT

Simon Lange, Eric Zimmer

MARKETING

Christoph Dannowski

KULTUR

Stefan Gohlisch

LEBEN & MENSCHEN

Andrea Tratner

REPORTER

Christian Bohnenkamp,
Mirjana Cvjetkovic (Gesellschaft),
Stefan Dinse, Jonas Gress,
Christoph Hage, Ralph Hübner,
Maike Jacobs, Josina Kelz, David Lidón,
Britta Mahrholz, Petra Rückerl,
Dirk Tietenberg, Andreas Voigt

SEKRETARIAT

Telefon: (0511) 5101 - 2265
Mail: hannover@neuepresse.de

Die Neue Presse ist Partner im
RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

Chefredaktion:

Sven Oliver Clausen, Eva Quadbeck

Mitglieder der Chefredaktion:

Manuel Becker, Stefanie Gollasch

Anzeigen:

Günter Evert (verantwort.)

Verlag:

Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG

Kleinanzeigenaufnahme Privatkunden:

(08 00) 123 44 01*
www.neuepresse.de

Kleinanzeigenaufnahme Geschäftskunden:

(08 00) 123 44 02*
www.neuepresse.de
Fax Kleinanzeigen: (08 00) 123 44 10*

Abonnenten-Service:

(08 00) 123 43 04*
Fax Abo-Service: (08 00) 123 43 09*

*kostenlose Servicenummer

Die Neue Presse erscheint werktäglich.

Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch
Zusteller für die gedruckte Zeitung 53,90 € im
Monat (einschl. Zustellkosten und Mehrwert-
steuer, inkl. E-Paper 57,90 €). Der Preis bei
Lieferung durch die Post liegt bei 71,90 € (inkl.
E-Paper). Der monatliche Preis für das E-Paper
inklusive NP+ liegt bei 40,90 €.

Abonnements können täglich mit einer
Monatsfrist gekündigt werden.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des
Arbeitsfriedens kein Entschädigungsanspruch.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird
keine Gewähr übernommen. Rücksendungen
nur, wenn Porto beiliegt.

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist für das
Mahnverfahren und im Verkehr zu Vollkaufleu-
ten Hannover.

Alle Rechte vorbehalten.

Die Zeitung ist in allen ihren Teilen urheber-
rechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche
Genehmigung durch den Verlag dürfen diese
Zeitung oder alle in ihr enthaltenen Beiträge
und Abbildungen weder vervielfältigt noch
verbreitet werden. Dies gilt ebenso für die
Aufnahme in elektronische Datenbanksysteme
und die Vervielfältigung auf CD-ROM.

Leserbriefe stellen nicht die Meinung der
Redaktion dar. Das Recht auf Kürzungen bleibt
vorbehalten.

Gültige Mediadaten unter
np.mediadaten.online

Druck:

Oppermann Druck- und
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG,
Gutenbergstraße 1, 31552 Rodenberg

Hier geht
es zur
NP-App:



VIEL MÜLL: To-go-Becher verstopfen Mülleimer. Um den Abfall zu reduzieren, erwägt die Stadt Hannover, eine Verpackungssteuer einzuführen.

Foto: Uwe Zucchi/dpa

Steuer auf Einwegverpackung?

Die Stadt erwägt, eine Abgabe auf To-go-Becher, Plastikteller und Pommesschalen zu erheben.

VON ANDREAS SCHINKEL

HANNOVER. Kostet der Kaffee zum Mitnehmen in Hannover demnächst einige Cent mehr, weil die Stadt eine Steuer auf Einwegbecher erhebt? Das könnte passieren, wenn sich die Stadtverwaltung tatsächlich entschließt, eine Steuer auf Einwegverpackungen einzuführen – und wenn der Rat dem zustimmt. In der Ratsspolitik gehen die Meinungen auseinander, Grüne und SPD können der Abgabe aber einiges abgewinnen.

„Wir können uns das gut vorstellen“, sagt Grünen-Fraktionschefin Elisabeth Clausen-Muradian. Die Verpackungssteuer sei eine gute Möglichkeit, Einwegmüll zu reduzieren. Das habe schon geklappt, sagt die Fraktionschefin, als Supermärkte und andere Geschäfte Tüten nicht mehr kostenlos herausgaben, sondern Preise dafür verlangten. Der Effekt war, dass immer mehr Menschen Einkaufsbeutel mitbrachten. „Und in Tübingen funk-“

niert die Steuer ja auch gut“, sagt Clausen-Muradian.

Die Stadt Tübingen hat die Steuer auf Einwegverpackungen bereits 2022 erhoben. 50 Cent pro Plastikbecher und Pommesschale



Die Steuer ist wie ein Katalysator für die Einführung von Mehrweggeschirr.

CLAUDIA PATZWAHL,
Sprecherin der Stadt Tübingen

müssen Unternehmer an die Stadt zahlen. In den allermeisten Fällen werde der Zuschlag an die Kunden weitergereicht, heißt es vonseiten der Stadt Tübingen. „Viele Geschäftsleute weisen die Steuer bei der Rechnung

extra aus, einige wenige erhöhen einfach den Gesamtpreis“, sagt Claudia Patzwahl, Sprecherin der Stadt Tübingen. Als Stadt sehe man es lieber, wenn die Betriebe offen mit der Steuer umgingen und diese getrennt im Kassensystem erfassten.

Etwa eine Million Euro hat Tübingen zu Beginn der Steuererhebung jährlich eingenommen, Tendenz sinkend, denn immer mehr Geschäftsleute stellen auf Mehrweg um. „Die Steuer ist wie ein Katalysator für die Einführung von Mehrweggeschirr“, sagt Patzwahl. Im Straßenbild gebe es zudem weniger Einwegmüll.

Zwar hatte in Tübingen ein McDonald's-Restaurant gegen die Steuer geklagt, doch das Bundesverfassungsgericht hat die Klage kürzlich zurückgewiesen. Die Steuer ist rechtens – und andere Städte wollen dem Beispiel folgen.

In Hannover kann sich auch die SPD für die Abgabe erwärmen. „Es ist nicht ver-

kehrt, über ein solches Steuermodell nachzudenken“, sagt SPD-Fraktionschef Bala Ramani. Dabei gehe es weniger darum, Einnahmen für die Stadt zu erzielen, als vielmehr darum, zum nachhaltigen Wirtschaften zu motivieren. „Jedoch dürfen wir unsere lokale Wirtschaft nicht gefährden“, sagt Ramani. Daher halte er es für sinnvoll, in einen Dia-

log mit betroffenen Unternehmen zu gehen.

Weniger angetan ist die CDU. „Eine solche Steuer zu erheben, ist der falsche Weg“, findet CDU-Fraktionschef Felix Semper. Er kann sich vielmehr eine städtische Kampagne zur Müllvermeidung vorstellen. „Bei vielen Unternehmen hat sich der Umgang mit Verpackungen ohnehin stark gewandelt“,

sagt Semper. Er fragt sich, wie die Stadt die Abgabe kontrollieren wolle. „Am Ende bräuhete es eine bundeseinheitliche Lösung für eine solche Steuer“, sagt Semper.

In Tübingen kümmert sich die Steuerbehörde der Stadt um die korrekte Zahlung der Verpackungssteuer. Letztlich werde die Steuer zusammen mit der Steuererklärung ausgewiesen, sagt Sprecherin Patzwahl. Und wenn man Zweifel habe, lasse man sich Belege geben. „Der Verwaltungsaufwand ist gering“, sagt sie.

Ähnlich wie die CDU hält auch die FDP wenig von einer Verpackungssteuer für Hannover. „Der Aufwand lohnt sich nicht für die wenigen Unbelehrbaren“, sagt FDP-Fraktionschef Wilfried Engelke. Bei großen Veranstaltungen wie dem Maschseefest werde ohnehin nur noch Mehrweggeschirr ausgegeben. „Hannover ist Vorreiter bei Mehrwegsystemen“, sagt Engelke. Eine Steuer hält er für überflüssig.



DIALOGBEREIT: SPD-Fraktionschef Bala Ramani kann sich für eine Verpackungssteuer erwärmen, will aber mit der Wirtschaft sprechen.

Foto: Katrin Kutter (Archiv)

Klebe-Politze und Ramani führen Rats-SPD

Die Ratsfraktion hat einen neuen Vorstand gewählt. Erstmals eine Frau und ein Mann an der Spitze.

VON ANDREAS SCHINKEL

HANNOVER. Die SPD im hannoverschen Rat hat zwei Monate nach dem Weggang ihres damaligen Chefs Lars Kelich einen neuen Fraktionsvorstand gewählt. Künftig soll ein Duo die Geschicke der Fraktion bestimmen: Kerstin Klebe-Politze und Bala Ramani. Nicht durchsetzen konnte sich Belgijn Zaman, die als Einzelperson der Fraktion vorstehen wollte. Damit folgt die Ratsfraktion dem Wunsch der Parteiführung erstmals eine Frau und einen Mann gemeinsam an die Spitze zu stellen.

Nötig wurde die Wahl, weil im Dezember vergangenen Jahres der damalige Fraktionschef Lars Kelich zurücktrat und sein Mandat niederlegte. Er stolperte über eine schwarze Liste der SPD. Die Liste enthielt Namen von Stadtmitarbeitenden, die sich kritisch über Haushalts-

forderungen von SPD, CDU und FDP äußerten.

Jetzt sollen Klebe-Politze und Ramani die SPD-Ratsfraktion eineinhalb Jahre bis zur nächsten Kommunalwahl führen. Die 63-jährige Klebe-Politze ist gut in der hannoverschen Vereinslandschaft vernetzt. Die ausgebildete Erzieherin arbeitet im Bereich Sprachförderung an der Friedrich-Ebert-Schule. Zeitweilig war sie auch als Flugbegleiterin bei der Luft-hansa tätig. Ihr Ehemann ist der SPD-Landtagsabgeordnete Stefan Politze. Zusammen haben sie sechs Kinder. Klebe-Politze gilt als engagiert, nahbar und loyal gegenüber ihrer Partei.

Der 47-jährige Ramani stammt aus einem kleinen Dorf im indischen Bundesstaat Tamil Nadu. Er studierte Zoologie, Meeresbiologie und Ozeanographie und kam im Jahr 2000 über ein Stipendium nach Hannover. An

der Leibniz-Uni promovierte Ramani im Bereich Meeresbotanik. Hannover sei inzwischen seine Heimat, sagt Ramani. Er arbeitet im Wirtschaftsministerium des Landes Niedersachsen. Zu seinen Aufgaben zählt unter anderem, Fachkräfte für die Wirtschaft zu gewinnen. Ramani ist ebenfalls ein Netzwerker, er gilt als

umgänglich und diplomatisch. Die beiden neuen Fraktionschefs dürften im Rat und auch intern andere Töne anschlagen als ihr Vorgänger. Kelich war ein Mann der Abteilung Attacke: angriffslustig und durchsetzungsstark. Er hatte sich nach dem rot-grünen Koalitionsbruch viele verbale Schärmtüzel mit den Grünen geliefert –

und die Zusammenarbeit mit CDU und FDP vertieft.

Vermutlich werden Klebe-Politze und Ramani die Kooperation mit den beiden bürgerlichen Parteien im Rat fortsetzen, aber sie dürften auch offener gegenüber den Grünen sein. Ramani ist SPD-Ortsvereinsvorsitzender im Stadtbezirk Mitte. Seine Fraktion im Bezirksrat

arbeitet eng mit den Grünen zusammen. Klimaschutz und Energiewende liegen ihm am Herzen. Klebe-Politze dürfte bei sozialen Themen und in der Schulpolitik Überschneidungen mit den Grünen sehen. In der Sportpolitik jedoch, ebenfalls ein Schwerpunkt der neuen Fraktionschefin, wird sie die Nähe zu CDU und FDP suchen, die viel stärker als die Grünen den Vereinssport fördern.

Möglicherweise ist das auch die neue Linie der SPD: sich öffnen für alle Seiten. „Wir werden wieder mehr eigene Anträge schreiben und dann schauen, wer sich uns anschließt“, sagt ein ranghoher Sozialdemokrat. Das könnte bedeuten, dass sich die SPD wieder stärker an der Maxime wechselnder Mehrheiten orientiert, einst von Parteiliche Adis Ahmetovic nach dem rot-grünen Koalitionsbruch als Leitlinie verkündet.



NEUE CHEFIN: Kerstin Klebe-Politze wird zusammen mit Bala Armani die SPD-Ratsfraktion bis zur Kommunalwahl im Herbst 2026 führen.

Foto: Christian Behrens



NEUER CHEF, ALTER CHEF: Bala Ramani (r.) wird mit Kerstin Klebe-Politze die SPD-Ratsfraktion leiten. Ex-Chef Lars Kelich (l.) hatte im Dezember seinen Rücktritt erklärt.

Foto: Elena Richert